

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dieter Grasedieck, Gesine Multhaupt, Jörg Tauss, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel (Starnberg), Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Ute Berg, Gerd Friedrich Bollmann, Willi Brase, Ulla Burchardt, Martina Eickhoff, Dagmar Freitag, Christel Humme, Nicolette Kressl, Horst Kubatschka, Ute Kumpf, Lothar Mark, Dr. Carola Reimann, René Röspel, Siegfried Scheffler, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Landau), Carsten Schneider, Swen Schulz (Spandau), Dr. Angelica Schwall-Düren, Andrea Wicklein, Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Franz Müntefering und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Grietje Bettin, Monika Lazar, Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Für ein integriertes EU-Bildungsrahmenprogramm – Mobilität und Austausch für ein zusammenwachsendes, innovatives und wettbewerbsfähiges Europa

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Förderung von Mobilität und grenzüberschreitendem Austausch von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, Studierenden, Arbeitnehmern sowie Lehrkräften aus allen Bereichen des Bildungswesens und die Kooperation innerhalb Europas auf allen Ebenen des Bildungssystems sind ein wesentlicher Beitrag im Prozess der europäischen Integration.

Die Internationalisierung der Bildungssysteme der Mitgliedstaaten und die Beseitigung von Unvereinbarkeiten und Kohärenzproblemen zwischen mittlerweile 25 Bildungssystemen innerhalb der Europäischen Union (EU) mit dem Ziel der Schaffung eines leistungsfähigen und innovativen europäischen Bildungsraumes sind zugleich eine unverzichtbare Voraussetzung zur Steigerung der wirtschaftlichen Dynamik der Europäischen Union. Die Kooperation und die Förderung konkreter Initiativen im Bereich der Bildungspolitik sind deshalb auch ein zentraler Bestandteil der im Jahr 2000 von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union beschlossenen Lissabon-Strategie, mit der die EU zum wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickelt werden soll. Auch der Bericht der so genannten Kok-Kommission, die den Lissabon-Prozess einer ersten Zwischenbewertung unterworfen hat, betont die nachhaltige Wirkung von Bildungsinitiativen im Sinne eines lebensbegleitenden Lernens auf die Innovation und die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt sowie auf die Teilhabechancen und die Beschäftigungsfähigkeit jedes Einzelnen.

Kernstück der Bildungskooperation im Rahmen der Europäischen Union sind die europäischen Bildungsprogramme SOKRATES und LEONARDO DAVINCI. Diese Programme sind seit vielen Jahren nicht nur das wichtigste Instrument zur Förderung der Mobilität von Lehrenden und Lernenden innerhalb Europas, sondern auch ein bedeutender Impulsgeber für die Europäisierung und Internationalisierung der einzelstaatlichen Bildungssysteme:

- Das erstmals 1994 unter dem Titel SOKRATES eingeführte Aktionsprogramm der Europäischen Union im Bereich der allgemeinen Bildung dient dem Ziel, den Ausbau der europäischen Dimension der Allgemeinbildung auf allen Ebenen voranzutreiben. Die Verbesserung der Kenntnis der Sprachen der EU steht ebenso im Vordergrund, wie die Förderung von Innovationen und von Chancengleichheit in allen Bildungsbereichen. Besonders gefördert werden auf dieser Basis die transnationale Mobilität von Personen sowie Pilotprojekte im Bereich multilateraler Partnerschaften und transnationaler Kooperationsnetze. SOKRATES ist in insgesamt acht Aktionen gegliedert: COMENIUS für den Bereich der Schulbildung, ERASMUS für das Feld der Hochschulen, GRUNDTVIG als Programm für die Erwachsenenbildung und fünf weitere Aktionen, die sich mit übergreifenden Themen (z. B. LINGUA für den Fremdspracherwerb oder MINERVA für das Lernen mit neuen Medien) beschäftigen. Für die im Jahr 2006 auslaufende zweite Programmphase (2000 bis 2006) haben insgesamt 1,85 Mrd. Euro zur Verfügung gestanden.
- Der Schwerpunkt des zweiten EU-Aktionsprogramms LEONARDO DAVINCI liegt auf dem Bereich der beruflichen Bildung. Schwerpunkte des Programms sind die Steigerung der Fähigkeiten und Kompetenzen junger Menschen in der Erstausbildung, die Qualität und der bessere Zugang zur beruflichen Weiterbildung und ihre Fortentwicklung zu einem lebensbegleitenden Prozess. Hier soll im Rahmen der Berufs- und Weiterbildung durch die Motivation der Unternehmen und durch mehr Beschäftigungsförderung die Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt werden. Um diese Ziele zu erreichen, wird in erster Linie die Mobilität junger Menschen gefördert. Darüber hinaus werden unter anderem transnationale Pilotprojekte mit dem Ziel der Entwicklung von Sprachkompetenz und der Austausch und die Vernetzung im Bereich der berufsbezogenen Bildungsforschung unterstützt. Hierfür haben in der ebenfalls bis 2006 laufenden zweiten Programmphase (2000 bis 2006) insgesamt 1,15 Mrd. Euro zur Verfügung gestanden.

Deutschland trägt als größter Beitragszahler der Europäischen Union maßgeblich zum Erfolg der europäischen Bildungsprogramme bei. Im Gegenzug profitiert die Bundesrepublik Deutschland ganz erheblich von den im Rahmen dieser Programme stattfindenden Maßnahmen. Über die gesamte bisherige Programmlaufzeit von 1994 bis 2006 werden voraussichtlich knapp 800 Mio. Euro aus diesen Programmen nach Deutschland geflossen sein. 80 000 deutsche Auszubildende, Ausbilder und Praktikanten werden in einem ausländischen Betrieb Erfahrungen gesammelt haben. Etwa 180 000 deutsche Studierende und rund 10 000 Dozenten werden mit Unterstützung des Programms SOKRATES/ERASMUS mindestens ein Auslandssemester absolviert haben. Nahezu alle deutschen Hochschulen sind durch ERASMUS europäisch vernetzt, mehr als 3 000 deutsche Schulen haben über COMENIUS Partnerschulen gefunden. Deutsche Berufsbildungseinrichtungen haben an rund 4 000 europäischen Pilotprojekten zur Innovation in der Berufsbildung teilgenommen.

Mit Ablauf des Jahres 2006 endet die zweite Programmphase der europäischen Bildungsprogramme. Bei der Vorbereitung der neuen Programmgeneration steht die Europäische Union vor einer Reihe von Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Drei Faktoren machen eine Weiterentwicklung des Zuschnitts und der Zielrichtung der Programme notwendig:

- die im Zuge des Prozesses der Globalisierung wachsende Bedeutung der Förderung von Mobilität und Kooperation im Bereich der Bildung für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft, die durch die zentrale Rolle von Bildung und lebensbegleitendem Lernen im Rahmen der Lissabon-Strategie unterstrichen wird,
- die Notwendigkeit einer Art nachholenden europäischen Integration mit Blick auf die neu beigetretenen EU-Mitgliedstaaten und
- die stetig wachsende und durch die bisherigen Programmvolumina nicht zu befriedigende Nachfrage nach den Angeboten der EU-Bildungsprogramme.

Die Vorbereitungen für die Weiterentwicklung der Europäischen Bildungsprogramme und deren Fortführung ab 2007 haben mit Vorlage der Mitteilung der Kommission über „Die neue Generation von Programmen im Bereich allgemeine und berufliche Bildung“ im März 2004 ihren offiziellen Anfang genommen. Seit Juli 2004 liegt der Vorschlag der Europäischen Kommission für ein „Integriertes Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens“ vor.

Die Kommission schlägt darin vor, die Bildungsprogramme unter einem gemeinsamen Dach zusammenzufassen. Innerhalb dieses Rahmenprogramms sind vier Teilprogramme vorgesehen: COMENIUS für den Bereich der Schulbildung, ERASMUS für den Bereich der Hochschulbildung, LEONARDO DA VINCI für den Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung und GRUNDTVIG für die Erwachsenenbildung. Das integrierte Programm soll darüber hinaus Querschnittsbereiche umfassen, die sich auf die Politikentwicklung, das Sprachenlernen, neue Informations- und Kommunikationstechnologien und deren Verbreitung konzentrieren. Im Rahmen der Aktion JEAN MONNET soll ein Schwerpunkt auf die europäische Integration gelegt werden. Der Kommissionsvorschlag sieht eine deutliche Zunahme der dezentralisierten Mobilitätsaktionen für einzelne Bürger sowie Partnerschaften zwischen Institutionen vor. Für die neue Programmgeneration ist ein erheblicher Aufwuchs der Mittel bei der Ausstattung des Gesamtprogramms auf 13,62 Mrd. Euro vorgesehen.

Die Bundesregierung und die Vertretung der Länder haben sich in einer gemeinsamen Stellungnahme vom September 2004 zum Vorschlag der EU-Kommission geäußert und die geplante Grundstruktur des integrierten Aktionsprogramms begrüßt, zugleich aber eine Reihe von Vorschlägen zur Weiterentwicklung des Kommissionsentwurfs vorgelegt.

Der Deutsche Bundestag teilt die grundsätzliche Einschätzung von Bund und Ländern. Der integrierte Ansatz des Kommissionsvorschlags ist sehr gut geeignet, die bislang stark ausdifferenzierten und heterogenen Programmstrukturen transparenter, flexibler und effizienter zu gestalten. Auch der Bundestag sieht Bedarf, das Prinzip des lebenslangen Lernens in der neuen Programmgeneration stärker zu verankern, die Programmverwaltung zu dezentralisieren und zu vereinfachen und bei der Weiterentwicklung des Kommissionsvorschlags zu bestimmten Präzisierungen und Akzentverschiebungen zu kommen.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt:

- das vielfältige Engagement von Bund und Ländern in Kooperation mit allen Akteuren des Bildungssystems für eine stärkere Internationalisierung des Bildungswesens in Deutschland, z. B. über gemeinsame Marketingaktivitäten, verbesserte gesetzliche Voraussetzungen für den Zuzug ausländischer Lernender und Lehrender, Maßnahmen zur Förderung des Austausches und der Mobilität in- und ausländischer Studierender und Auszubildender, die die europäischen Bildungsprogramme sinnvoll ergänzen sowie Deutschland in eine Vorreiterrolle in bildungspolitischen Aktivitäten auf europäischer Ebene

wie dem Arbeitsprogramm 2010 der EU-Bildungsminister, dem Bologna-Prozess sowie der Brügge-Kopenhagen-Initiative bringen,

- das hohe Engagement und die intensive Beteiligung von Lehrenden und Lernenden, Schulen, Hochschulen, Betrieben und anderen Bildungseinrichtungen und -institutionen an den europäischen Bildungsprogrammen, die den Prozess der Europäisierung und Internationalisierung des deutschen Bildungswesens zusätzlich befördern,
- das Bemühen der EU-Kommission über eine Bündelung und Integration der europäischen Bildungsprogramme zu klareren, transparenteren und effektiveren Förderstrukturen zu kommen,
- das Bestreben der EU-Kommission, über eine dezentrale Organisation der Programme zu einer engeren Einbindung der Mitgliedstaaten zu kommen,
- das Vorhaben der EU-Kommission, klare quantitative Zielvorgaben bei den Mobilitätszahlen für die neuen EU-Bildungsprogramme zu formulieren. Zu den primären quantitativen Zielen des integrierten Aktionsprogramms gehören:
 - die Teilnahme jedes 20. Schülers am Programm COMENIUS bis 2013
 - mindestens 3 Millionen ERASMUS-Studierende bis 2011
 - 150 000 LEONARDO-Praktika pro Jahr bis 2013 und
 - mindestens 25 000 GRUNDTVIG-Mobilitätsaktivitäten pro Jahr bis 2013,
- die Bestrebungen der EU-Kommission, das europäische Engagement bei der Förderung von Mobilität und Austausch deutlich zu verstärken und hierfür das Finanzvolumen für die neuen EU-Bildungsprogramme auf rund 13 Mrd. Euro zu erhöhen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung und die Länder auf,

- sich auf europäischer Ebene nachdrücklich für einen Ausbau der EU-Bildungsprogramme und für eine Fortentwicklung der Programmstrukturen einzusetzen, die geeignet ist, möglichst optimale Effekte der europäischen Bildungsförderung zu erreichen.

Dazu gehören unter Wahrung der deutschen Verhandlungsposition zur EU-Finanzplanung 2007 bis 2013:

- die weitere Entbürokratisierung der Antragsverfahren, um die Teilnahme an Mobilitäts- und Austauschmaßnahmen zu erleichtern,
- ein Ausbau der bildungspolitischen Zusammenarbeit in der EU im Bereich der vorschulischen Bildung, der sich insbesondere im Programm COMENIUS niederschlagen muss. Ziel muss es sein, dass auch Kindertagesstätten und Erzieherinnen und Erzieher ausreichend am Programm beteiligt werden. Ein regelmäßiger Austausch von Erfahrungen und Forschungsergebnissen im Elementarbereich und verstärkte Mobilitätsaktivitäten von Erzieherinnen und Erzieher können nicht nur zur Entwicklung des europäischen Bürgersinns von früh an beitragen, sondern auch die Entwicklung eines neuen Bildungsauftrags im Elementarbereich insgesamt verstärken,
- eine stärkere Förderung der Mobilität von Lehrerinnen und Lehrern an allgemeinbildenden Schulen im Rahmen von COMENIUS. Analog zur Zielvorgabe für die Mobilität von Schülerinnen und Schülern sollte eine konkrete quantitative Zielvorgabe für die Teilnahme des Lehrpersonals an Schulen in die Programmkonzeption mit aufgenommen werden. Mindes-

- tens jeder 20. Lehrer sollte an Maßnahmen im Rahmen der EU-Bildungsprogramme teilnehmen,
- eine weitere Öffnung der Lehrer-Austauschprogramme über den Sprachlehreraustausch hinaus auch für Lehrer anderer Fächer und eine Verbreiterung und ausgewogene Verteilung auf möglichst alle EU-Mitgliedstaaten,
 - eine Steigerung der Mobilität von Lehrenden im Hochschulbereich über das Programm ERASMUS, insbesondere zu den neuen EU-Ländern hin,
 - die Steigerung der seit 10 Jahren nicht mehr erhöhten ERASMUS-Stipendiensätze zur Vermeidung von sozialen Ungerechtigkeiten,
 - die europaweite Ermöglichung der Mitnahme der im eigenen Land gewährten Darlehen und Beihilfen bei Studien- und Ausbildungsaufenthalten im Ausland etwa nach dem Vorbild des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) in Deutschland,
 - eine verbesserte wechselseitige Transparenz und Anrechnung von Teilqualifikationen und eine Intensivierung der Bemühungen um eine bessere Vergleichbarkeit der beruflichen Qualifikationen (durch den Europäischen Qualifikationsrahmen sowie durch Kredittransfersysteme in der Hochschul- und der beruflichen Bildung – ECTS und ECVET), um Mobilität zu erleichtern,
 - die grundsätzliche Forderung nach der besseren Integration der allgemeinen und beruflichen Bildung und deren Einbindung in die Regelprogramme,
 - die stärkere Förderung individueller Mobilität im Bereich der Berufsbildung und damit die verstärkte Unterstützung der Möglichkeit, Teile der dualen Berufsausbildung im Ausland durchführen zu können, durch das Programm LEONARDO DA VINCI,
 - ein klarer Vorrang für die Mobilität von Lehrenden und Ausbildern im Rahmen des Erwachsenenbildungsprogramms GRUNDTVIG und in der beruflichen Weiterbildung im Rahmen des Programms LEONARDO DA VINCI, um einen Beitrag zum Aufbau eines europäischen Netzwerks von Trägern der Weiterbildung zu leisten,
 - die Verankerung einer selbständigen Aktion „Förderung des lebensbegleitenden Lernens“ im Rahmen der geplanten programmübergreifenden Aktivitäten. Ziel sollte es sein, Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, um eine höhere Durchlässigkeit und bessere Verzahnung der verschiedenen Bildungsbereiche zu fördern,
 - die stärkere Berücksichtigung der neuen EU-Staaten bei der institutionellen Förderung von Einrichtungen der europäischen Bildungspolitik im Rahmen des Programms JEAN MONNET,
 - die Unterstützung der bruchlosen Fortführung des erfolgreichen TEMPUS-Programms mit Erweiterung auf den Berufsbildungsbereich im Rahmen der neuen EU-Außenhilfeeinstrumente ab 2007,
 - die Entwicklung eines allgemeinen Europa-Bildungs-Labels, mit dem besonders Europa-engagierte und -geeignete Institutionen bezüglich ihrer Beteiligung an den EU-Bildungsprogrammen und an anderen EU-Aktivitäten im Bildungsbereich ausgezeichnet werden,
 - die Etablierung eines Verbundes von EU-Bildungsforschungsinstituten, welche die verschiedenen Evaluierungsstudien der Mobilitäts- und Integrationsmaßnahmen im Rahmen der EU-Bildungsprogramme bündeln und bewerten,
 - die regelmäßige Vorlage eines umfassenden, konsistenten Fortschrittsberichts der EU-Kommission zur Entwicklung von Mobilität und Austausch

- im Bildungswesen innerhalb der EU und zum Stand der EU-Bildungsprogramme,
- unter Wahrung der deutschen Verhandlungsposition zur EU-Finanzplanung 2007 bis 2013 eine Steigerung der Finanzausstattung gegenüber den Vorgängerprogrammen in Bereichen, die einen klaren europäischen Mehrwert aufweisen.
 - auf nationaler Ebene zu einer weiteren Europäisierung und Internationalisierung des Bildungswesens beizutragen.

Dazu gehören:

- eine weitere Verbesserung der Kooperation von Bund, Ländern und anderen Akteuren des Bildungswesens bei der Umsetzung der auf europäischer Ebene vereinbarten Programme im Bildungswesen,
- eine Verstärkung der Aufklärung über die Möglichkeiten der europäischen Bildungsprogramme und die Werbung für eine Beteiligung hieran,
- die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Teilnahme von Lehrenden aus anderen EU-Ländern am Bildungswesen in Deutschland. Dazu gehört auch die Erleichterung der rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen für die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern aus den anderen EU-Ländern an deutschen Schulen,
- die Möglichkeiten des neuen Berufsbildungsgesetzes hinsichtlich der Maßnahmen zur Teilnahme an Ausbildungsprogrammen im EU-Ausland aktiv umzusetzen,
- eine Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen allgemeinen, beruflichen und hochschulischen Bildungsgängen,
- die weitere aktive Mitwirkung an den europäischen Prozessen zur Transparenz und Vergleichbarkeit im Bildungswesen in Europa,
- die Ausweitung des Angebotes an Bildungseinrichtungen mit einer europäischen Ausrichtung bzw. einem speziellen Europa-Profil (z. B. Europaschulen),
- die Aufnahme der europäischen Dimension in die regelmäßige Bildungsberichterstattung, wie sie auf nationaler Ebene zwischen Bund und Ländern vereinbart worden ist.

Berlin, den 14. Juni 2005

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

